



# Antragsbuch

1. Landeskongress 2025

# DIE TAGESORDNUNG zum 1. Landeskongress 2025

Als **Tagesordnung** schlägt der Landesvorstand vor:

**FREITAG, 7. März 2025**

**Beginn des Kongresses um 17:30 Uhr**

TOP 1: Eröffnung durch die Landesvorsitzende

TOP 2: Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

TOP 3: Wahl eines Tagungspräsidiums

TOP 4: Wahl einer Protokollführung

TOP 5: Genehmigung der Tagesordnung

TOP 6: Wahl einer Zählkommission

TOP 7: Berichte

- a) der Landesvorsitzenden
- b) des Landesschatzmeisters
- c) der Kassenprüfer
- d) der Ombudsmitglieder

TOP 8: Aussprache zu den Berichten

TOP 9: Entlastung des Schatzmeisters

TOP 10: Entlastung des Landesvorstandes

TOP 11: Wahlen zum Landesvorstand

- a) Wahl eines Landesvorsitzenden (w/m/d)
- b) Wahl von drei stellvertretenden Landesvorsitzenden (w/m/d)
- c) Wahl eines Landesschatzmeisters (w/m/d)
- d) Wahl von bis zu sieben Beisitzern (w/m/d)

TOP 12: Wahl mindestens einer und höchstens zweier Ombudspersonen

TOP 13: Wahl von Landeskassenprüfern (w/m/d)

*Unterbrechung des Kongresses um 21:30 Uhr.*

**SAMSTAG, 8. März 2025**

**Fortsetzung des Kongresses um 11 Uhr**

TOP 14: Grußworte

TOP 15: Beratung über Anträge zur Änderung der Landessatzung

TOP 16: Antragsberatung

TOP 17: Schlusswort des Landesvorsitzenden (w/m/d)

*Ende des Landeskongresses um 18:00 Uhr.*

## **.Kongressleitfaden**

Der Landeskongress (kurz: LaKo) ist das höchste Beschlussorgan der Jungen Liberalen Berlin. Er tritt normalerweise dreimal im Jahr zusammen, unter anderem, um gemeinsam Anträge zu beraten und den Landesvorstand zu wählen. Antrags- und stimmberechtigt sowie redeberechtigt sind alle Mitglieder der JuLis Berlin - deshalb trau dich und melde dich für einen Wortbeitrag! Insbesondere Neumitglieder werden bei uns immer gerne gesehen und wir wollen euch explizit ermutigen, in die Debatten einzusteigen.

### **Anträge**

Anträge konnten im Vorfeld des Landeskongresses online eingereicht werden. Die Reihenfolge, in der diese behandelt werden, wird in einer Umfrage, an der alle Berliner JuLis teilnehmen können, vor dem Kongress festgelegt (Alex-Müller-Verfahren). Satzungs- und Geschäftsordnungsänderungsanträge werden allerdings immer zuerst behandelt. Die Antragsberatung findet in drei Lesungen statt: Zu Beginn der ersten Lesung begründet der Antragsteller seinen Antrag. Daraufhin findet eine Generaldebatte statt, in der sich die Teilnehmer allgemein zu diesem äußern können. In der zweiten Lesung können Änderungsanträge zu einzelnen Textpassagen gestellt werden. Es ist möglich, diese zu streichen, durch einen anderen Text zu ersetzen, oder neuen Text hinzuzufügen. Die Änderungsanträge werden der Reihe nach aufgerufen und müssen von deren Antragsteller begründet werden, woraufhin eine Debatte über sie stattfindet. Daraufhin wird einzeln über sie abgestimmt, wenn sie nicht vom Antragsteller des Gesamtantrages übernommen wurden. Abstimmungen erfolgen in der Regel durch das Heben der Stimmkarte, seltener auch schriftlich. Wurden alle Änderungsanträge behandelt, wird in die dritte Lesung übergegangen, in der nochmal eine kurze Debatte stattfinden kann. Darauf folgt die Schlussabstimmung: Die Annahme eines Antrags erfordert eine einfache Mehrheit, bei Satzungsänderungsanträgen eine Zweidrittelmehrheit.

## **Wahlen**

Der Landeskongress wählt u.a. den Landesvorstand, die Delegierten für den Bundeskongress, einen JuLis-Vertreter für den Landesvorstand der FDP Berlin und gegebenenfalls einen Berliner Kandidaten für den Bundesvorstand. Wählbar ist dabei jedes Mitglied und jeder Kandidat hat das Recht auf Vorstellung. Wahlen finden schriftlich, also geheim, statt.

## **Wortbeiträge**

Grundsätzlich spricht bei Landeskongressen nur derjenige, der gerade am Rednerpult steht. Wenn du dich zu einem Antrag äußern möchtest, dann meldest du dich ganz einfach beim Tagungspräsidium. Die jeweiligen Redner werden daraufhin der Reihe nach aufgerufen. Bei Änderungsanträgen verwenden wir regelmäßig ein System, bei dem es zwei Rednerlisten gibt: Eine Pro-Liste mit Personen, die für den Antrag reden möchten, sowie eine Contra-Liste mit Leuten, die dagegensprechen wollen. Diese werden dann abwechselnd aufgerufen, um die Debatten ausgewogener und fairer zu gestalten. Um auf eine der Rednerlisten zu kommen, meldest du dich dann einfach mit „Daumen hoch“ (Pro) oder „Daumen runter“ (Contra).

## **Zwischenfragen**

Während eine Person redet, gibt es für alle anderen Teilnehmer die Möglichkeit, inhaltliche Zwischenfragen zu stellen. Jedoch sollte man nicht einfach reinrufen: Stattdessen zeigst du an, dass du eine Zwischenfrage stellen möchtest, indem du deine Hände über dem Kopf zusammenführst. Das Tagungspräsidium wird daraufhin den Redner am Ende seines nächsten Satzes fragen, ob er die Frage zulassen möchte. Tut er dies, darfst du ihn eine kurze Frage stellen, die er daraufhin beantworten kann. Lehnt er es ab, musst du dich ggfs. auf die Rednerliste stellen, um die Frage doch noch loszuwerden.

Wichtig: Bei Zwischenfragen geht es wirklich nur darum, inhaltliche Verständnisfragen zu klären und nicht, neue (Gegen-)Argumente vorzubringen. Zudem sind Zwiegespräche verboten, das heißt, man darf auf die Antwort des Redners nicht mit einem weiteren Wortbeitrag erwidern. Wenn du den Bedarf dazu siehst, melde dich doch einfach für einen Redebeitrag.

## **Geschäftsordnungsanträge**

Geschäftsordnungsanträge (kurz: GO-Anträge) sind Anträge zum Verfahren bzw. Ablauf des Kongresses – ihr findet eine Liste der GO-Anträge in der Geschäftsordnung des BuKos unter [julis.de](http://julis.de). Jeder Teilnehmer kann einen GO-Antrag stellen – dies wird angezeigt durch das Ausstrecken beider Arme. GO-Anträge genießen Priorität vor anderen Anträgen und werden zum nächsten möglichen Zeitpunkt aufgerufen, jedoch frühestens am Ende des derzeitigen Redebeitrags (um den Redner nicht zu unterbrechen). Wird der GO-Antrag aufgerufen, hat der Antragssteller die Möglichkeit zu einer kurzen Begründung. Daraufhin wird vom Präsidium nach einer Gegenrede gefragt – erhebt sich diese nicht, gilt der Antrag angenommen, andernfalls wird über ihn abgestimmt.

## Awareness-Leitfaden

Liebe JuLis, mit dem nächsten Landeskongress steht auch die nächste legendäre LaKo-Party an. Damit die Party auch allen Spaß macht, möchten wir auf einige wichtige Punkte hinweisen. Von nun haben wir auf all unseren Partys **vier Vertrauenspersonen**, an die ihr Euch wenden könnt. Die Vertrauenspersonen werden vom Landesvorstand sorgfältig ausgewählt. Sie zeichnen sich durch ihre langjährige Erfahrung im Verband aus und werden alles daran- setzen, Eure Probleme diskret zu lösen. Die **Vertrauenspersonen werden auf jedem Landeskongress vorgestellt**. Sie sind zu jeder Zeit telefonisch und persönlich erreichbar.

## Grenzüberschreitendes Verhalten

Wenn ihr mitbekommt, dass:

- jemand stark alkoholisiert ist und auf Grund dessen Hilfe benötigt,
- jemand auf Grund von starkem Alkoholkonsum oder anderweitigen Substanzen die negativen Konsequenzen seines/ihres Handelns nicht mehr einschätzen kann,
- jemand die Annäherungsversuche einer Person als unangenehm empfindet,
- jemand die Berührung eines anderen als unangenehm und/oder unangemessen empfindet,
- es einen konkreten Fall gibt, der unter die genannten Grenzüberschreitungen fällt oder eurem Ermessen nach grenzüberschreitend ist, dann

solltet ihr Euch an die Vertrauensperson wenden.

Solltet Ihr zudem mitbekommen, dass jemand auf Grund seiner/ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung, finanziellen Lage, religiösen Überzeugung oder seines/ihres Geschlechts diskriminiert wird, dann meldet auch dies der Vertrauensperson. Wir freuen uns auf eine gelungene LaKo-Party ohne Zwischenfälle, die wir alle noch lange in guter Erinnerung behalten werden.

Euer Landesvorstand

## **Rechenschaftsbericht der Ombudspersonen zum 1. Landeskongress 2025**

Liebe JuLis,

wir freuen uns, euch über die aktuelle Lage im Verband zu informieren. Als Ombudspersonen sind wir sehr zufrieden mit der Zusammenarbeit und dem Klima im Verband. Seit dem letzten Landeskongress gab es keinerlei Vorfälle, was für die hervorragende Zusammenarbeit und den respektvollen Umgang im Verband spricht. Insgesamt kam es im Jahr 2024 zu keinen Vorkommnissen. Wir sind zuversichtlich das auch 2025 zu erreichen. Zudem sind wir Teil des Gremiums, das den JuLi Code of Conduct auf Bundesebene erarbeitet.

Neben der Vermittlung bei internen Konflikten ist es unsere Aufgabe, die Umsetzung der Beschlüsse durch den Landesvorstand zu überwachen. Seit dem letzten Landeskongress wurden alle Beschlüsse des Landesverbandes vollständig umgesetzt, und wir haben keine Hinweise oder Beschwerden über die Arbeit des Landesvorstands erhalten. Solltet ihr dennoch Anliegen haben, zögert bitte nicht, euch jederzeit an uns zu wenden.

Eure Evelyn und euer Nassim



## Anträge

### Inhaltsverzeichnis

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
01	Sozialismus sprengen - Berlin bauen Landesvorstand	2
06	Bürokratieabbau – mit Vernunft und ohne Populismus BV LiMaH	7
07	Wehrpflicht 2.0 BV Reinickendorf	9
08	Liberté, Égalité, FCKAfD - Weil Kommunikation mehr hilft als ein Verbot BV Mitte	11
09	Stühlerücken beim Heiligen Stuhl – Deutsche Botschaft im Vatikan einsparen  BV Pankow	13
11	Für einen attraktiven Soldatenberuf LAK Außen	14
12	Gesundheitsversorgung auf nachhaltige Füße stellen BV TS	16
13	Enteignungs-Fetisch stoppen – Art 15 und Art 14 Abs 3 GG streichen! BV Pankow	19
14	Chancengerechtigkeit ist nicht umsonst Alexander Kobuss, Moritz Wimmer, Ioana Cristina Turbatu, Tobias Bergmann, Benjamin Dahler, Phillip Proske, Laurent Putzier	20
15	Privat vor Staat - auch bei der Krankenkasse Alexander Kobuss	21
16	Den Ideenwettbewerb zwischen Museen erhalten BV SZ	24
17	München von Zuhause erleben BV SZ	25

## Antrag 01: Sozialismus sprengen - Berlin bauen

Antragsteller*in:	Landesvorstand
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Als Junge Liberale wollen wir ein wachsendes, schönes und prosperierendes Berlin.  
2 Alteingesessene und neuzugezogene Berliner sollen sich wohlfühlen und frei leben  
3 können. Die Stadtentwicklungspolitik der letzten Jahre erreicht leider das Gegenteil.  
4 Massive Überregulierung verhindert den Neubau und die Sanierung von Wohnraum, sorgt  
5 für eine Verknappung sowie hohe Miet- und Kaufpreise. Wenn neue Stadtviertel  
6 entstehen, fehlt es oft an ästhetischem Anspruch und Dichte. Eine neue liberale  
7 Stadtentwicklungspolitik wird die Fesseln der Überregulierung lösen, ausreichend  
8 Bauland und Infrastruktur zur Verfügung stellen sowie auf eine urbane Stadt der  
9 Bürger setzen.  
10
- 11 Knappheit durch Deregulierung beenden  
12
- 13 Linke Politik ist Schuld daran, dass viele Berliner keine Wohnung finden. Die  
14 Neuschaffung von Wohnraum wird aktiv verhindert. Enteignungsphantasien und andere  
15 dystopische sozialistische Ideen drohen Berlin wieder in eine graue,  
16 heruntergekommene und unattraktive Stadt zu verwandeln. Es ist Zeit zum gesunden  
17 Menschenverstand zurückzukehren: Bei hoher Nachfrage braucht es mehr Angebot. Deshalb  
18 fordern wir:  
19
- 20 • die Abschaffung des Milieuschutzes und der Mietpreisbremse.  
21 Der Milieuschutz ist ein massiver Eingriff in das Eigentumsrecht und verhindert  
22 dringend benötigte Investitionen. Die Mietpreisbremse setzt den Preismechanismus  
23 außer Kraft, dadurch wird der Neubau von Wohnungen desincentiviert und  
24 Wohnungssuchende systematisch benachteiligt. Zusätzlich soll die  
25 Fehlbelegungsabgabe wieder eingeführt werden, um zu verhindern, dass  
26 Sozialwohnungen Bedürftigen entzogen werden.
  - 27 • Die Abschaffung des Zweckentfremdungsverbots. Das Verbot verhindert die  
28 sinnvolle Weiterentwicklung der Stadt. Besonders der Abriss von maroder  
29 Bausubstanz oder Bauten aus der Nachkriegszeit, die Flächen nur effizient  
30 nutzen, dürfen nicht aufgehalten werden. Abriss und Nachverdichtung dürfen  
31 nicht mehr politisch bekämpft werden, sondern sollten städtebauliche Ziele sein.  
32 Nur das Verbot von dauerhafter Umwidmung in Ferienwohnungen soll  
33 aufrechterhalten werden.
  - 34 • Berlins Bebauungspläne zu liberalisieren. Eine deutlich dichtere Bebauung muss  
35 in der Innenstadt ermöglicht werden. Abstandsflächen und andere Regularien (z.B  
36 Dachbegrünung oder eine hohe Anzahl an Fahrradstellplätzen) sollten reduziert  
37 werden. Dachausbauten sollten grundsätzlich erlaubt und weitere Standorte für  
38 Hochhäuser definiert werden. Die Berliner Traufhöhe sollte in ihrer Pauschalität

- 39 abgeschafft werden. Kostentreiber, wie die Baumschutzverordnung oder  
40 Stellplatzregelungen, sollten ebenfalls wegfallen.
- 41 • Das Aufteilungsverbot muss aufgehoben werden. Langfristig soll sich Berlin zu  
42 einer Stadt der Eigentümer entwickeln. Wir wollen Bürger, die vom Staat  
43 unabhängig sind und sich ein Vermögen aufbauen können. Die Aufteilung von  
44 Mehrfamilienhäusern in einzelne Wohnungen darf daher nicht länger verhindert  
45 werden. Zusätzlich sollten städtische Wohnungsgesellschaften ihre Wohnungen wenn  
46 möglich den Mietern zum Kauf anbieten.
  - 47 • Die Privatisierung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften: Nachdem ein Teil  
48 der Wohnungen an die Mieter verkauft wurde, soll der Rest privatisiert werden.  
49 Eine Quote von zu erhaltenden Sozialwohnungen ist denkbar. Das Land Berlin  
50 sollte allerdings in Zukunft keine Wohnungen mehr besitzen. Die Verkaufserlöse  
51 sollen für die Weiterentwicklung der Infrastruktur und die Sanierung des  
52 Haushalts genutzt werden.
  - 53 • Die Arbeit der Bauämter soll beschleunigt werden. Durch die Abschaffung von  
54 Regeln wie dem Milieuschutz werden die Ämter deutlich entlastet. Sie sollen sich  
55 in Zukunft auf ihre Kernaufgaben konzentrieren: Vorhaben kooperativ begleiten  
56 und möglichst schnell genehmigen sowie Bauanträge digital abwickeln. Zudem  
57 wollen wir eine Genehmigungsfiktion einführen und es Unternehmen ermöglichen,  
58 auf eigenes Risiko mit Bauvorhaben zu starten.
  - 59 • Die Grunderwerbsteuer soll abgeschafft werden. Der Staat verdient an den hohen  
60 Immobilienpreisen mit und sorgt dafür, dass das Eigentum noch unerschwinglicher  
61 wird. Diesen Zustand wollen wir beenden.

62

### 63 Infrastruktur & Bauland schaffen

64

65 In einer wachsenden Stadt wie Berlin muss die Infrastruktur dynamisch und  
66 zukunftsfähig ausgebaut werden, um mit der Entwicklung Schritt zu halten. Die  
67 bisherige Politik hat jedoch versagt, rechtzeitig moderne Verkehrswege und  
68 ausreichend Bauland bereitzustellen. Wir setzen uns für eine wachstumsfreundliche  
69 Politik ein, die durch gezielte Maßnahmen die Lebensqualität steigert und die Stadt  
70 für alle attraktiver macht. Deshalb fordern wir:

71

- 72 • Ein modernes Autobahn- und Straßennetz. Der Weiterbau der A100, der Bau der  
73 Tangentialverbindung Ost und die Errichtung eines neuen Tunnels vom Potsdamer  
74 Platz bis zur Stadtautobahn sind essentiell, um Stau zu vermeiden und  
75 Wohnviertel vom Durchgangsverkehr zu entlasten. Tempo-30-Zonen auf Hauptstraßen  
76 und die Reduzierung von Fahrspuren lehnen wir strikt ab, da sie die Mobilität  
77 einschränken und Verkehrsprobleme verschärfen. Stattdessen sollen Wohnviertel  
78 gezielt vom Autoverkehr befreit und Fahrradwege, insbesondere auf Nebenstraßen,  
79 sicher und sinnvoll ausgebaut werden. Zusätzlich wollen wir Fahrrad-Schnellwege  
80 schaffen. Fehlplanungen aus der Nachkriegszeit wie die Brücke über den  
81 Breitenbachplatz müssen abgerissen und durch funktionale, lebenswerte  
82 Stadtviertel ersetzt werden.

- 83 • Eine moderne Verkehrsregelung. Der Straßenverkehr der Zukunft sollte durch  
84 smarte Verkehrssteuerungssysteme effizienter gestaltet werden. Intelligente  
85 Ampelschaltungen, moderne Kreisverkehrslösungen und digitale Verkehrsschilder  
86 sollen Verkehrsstaus gezielt reduzieren. Geschwindigkeitsbegrenzungen sollten  
87 sich dynamisch an das tatsächliche Verkehrsaufkommen anpassen, anstatt  
88 Autofahrer durch starre Regelungen unnötig einzuschränken. Ab spätestens 2030  
89 sollten verkehrslenkende Schilder, wie Tempolimits oder Vorfahrtsregelungen,  
90 bevorzugt in digitaler Form umgesetzt werden.
- 91 • Pollerwahn beenden. Poller, die nicht zwingend notwendig für die Sicherheit der  
92 Bürgerinnen und Bürger sind, sollen ersatzlos entfernt werden. Der bisherige  
93 Pollerwahn behindert Rettungskräfte bei ihrer Arbeit, schränkt Bürgerinnen und  
94 Bürger unnötig ein, frisst Steuergelder und verschandelt das Stadtbild.  
95 Kiezblockinitiativen lehnen wir strikt ab. Zwingend notwendige  
96 Sicherheitsvorkehrungen durch Sperrpfosten sollen sich ästhetisch in das  
97 Stadtbild einfügen.
- 98 • Klare rechtliche Rahmenbedingungen für autonomes Fahren und Drohnenverkehr  
99 schaffen. Berlin sollte den Anspruch haben, führend bei der Mobilität der  
100 Zukunft zu sein. Daher müssen zeitnah liberale gesetzliche Regelungen für  
101 autonomes Fahren sowie den kommerziellen Drohnenverkehr entwickelt werden.
- 102 • Der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Um die Erreichbarkeit aller Stadtteile  
103 zu verbessern und den Pendelverkehr zu erleichtern, müssen U-Bahnlinien gezielt  
104 verlängert werden. Besonders wichtig ist die bessere Anbindung des Flughafens  
105 BER durch die U2 sowie Verlängerungen der U8 zum Märkischen Viertel, der U3 zum  
106 Mexikoplatz und der U1 nach Schmargendorf. Der Ausbau des Straßenbahnnetzes im  
107 Ostteil der Stadt muss ebenfalls vorangetrieben werden, um das dortige  
108 Nahverkehrsangebot weiter zu stärken und den innerstädtischen Verkehr zu  
109 entlasten. Zusätzlich sollen auch die Außenbezirke untereinander stärker  
110 vernetzt werden.
- 111 • Neue Stadtquartiere und Bauland. Die Ausweisung neuen Baulands ist dringend  
112 erforderlich. Ehemalige Kleingarten, Industrie- und Brachflächen innerhalb der  
113 Innenstadt sowie Gebiete in Buch, an der Havel oder der Michelangelostraße  
114 bieten enormes Potenzial für neue, dichte und moderne Quartiere. Wir fordern die  
115 Überarbeitung der bestehenden Bebauungspläne, um eine deutlich höhere bauliche  
116 Dichte zu ermöglichen. Die Teilbebauung des Tempelhofer Feldes soll mit einem  
117 gemischten Nutzungskonzept (Wohnen und Gewerbe) sowie einer entsprechenden  
118 Verkehrsanbindung erfolgen.
- 119 • Technologie- und Industrieparks. Um zukunftsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und  
120 innovative Unternehmen in die Stadt zu holen, sollen gezielt Technologieparks  
121 und Forschungszentren gefördert werden.
- 122 • Privatisierung der BVG. Die BVG ist ein ineffizient geführtes Unternehmen, das  
123 durch Bürokratie und hohe Kosten auffällt. Wir fordern die Privatisierung des  
124 öffentlichen Nahverkehrs, um die Effizienz zu steigern, bessere Servicequalität  
125 zu gewährleisten und langfristig Kosten zu senken. Konsequenterweise muss auch  
126 die Deutsche Bahn zerschlagen und privatisiert werden.

127

128 Schönheit und Urbanität

129

130 Berlin soll wieder Bürgerstadt werden. Dafür braucht es eine städtebauliche  
131 Neuorientierung, die sich an historischer Identität, architektonischer Qualität und  
132 bürgernaher Planung ausrichtet. Jahrzehnte ideologisch geprägte Stadtentwicklung und  
133 -planung haben das Gesicht der Stadt vielerorts entfremdet. Die JuLis Berlin fordern  
134 daher eine Wende in der Stadtplanung, die sich an den Werten einer lebenswerten,  
135 ästhetisch ansprechenden und funktionalen Metropole orientiert. Dafür fordern wir:

- 136 • Den Wiederaufbau der historischen Mitte Berlins. Die Rekonstruktion verlorener  
137 Bauwerke wie der Bauakademie von Karl Friedrich Schinkel sowie die Neugestaltung  
138 und Privatisierung des durch Enteignung entstandenen großen Leerraums sind  
139 essenzielle Projekte für eine Wiederbelebung der historischen Berliner Mitte.  
140 Das Humboldt Forum darf nicht isoliert bleiben, sondern sollte in eine  
141 gewachsene Stadtkulisse eingebettet werden. Die Torpedierung der Pläne einer  
142 originalgetreuen Rekonstruktion der Bauakademie, wie wir sie aktuell erleben,  
143 wäre ein Rückschritt in der Berliner Stadtentwicklung. Mit einer Mischung aus  
144 moderner als auch kritisch-rekonstruktiver und historischer Architektur soll das  
145 Gebiet zwischen Humboldt-Forum und Alexanderplatz bebaut werden. Der historische  
146 Stadtgrundriss soll dabei aufgegriffen und kleinteilige Strukturen geschaffen  
147 werden. Insgesamt soll eine ausgewogene Mischung aus Wohnen, Büronutzung,  
148 Handel, Gastronomie sowie kultureller und anderer öffentlicher Nutzung  
149 entstehen. Die momentane Planung für den Molkenmarkt lehnen wir daher ab.
- 150 • Die Abkehr von kollektivistischer Stadtentwicklung. Die Stadtplanung Berlins  
151 wurde zu lang im Sinne linker Ideologien der zentralen Planung und  
152 Überregulierung gestaltet. Historische Viertel, die heutzutage aufgrund ihrer  
153 Schönheit und lebenswerter Atmosphäre bewundert werden, sind ein Produkt  
154 dezentraler Systeme und vieler einzelner Akteure, die ohne wesentliche  
155 Einschränkungen städtebaulich aktiv werden konnten. Entsprechend sollte sich die  
156 Berliner Stadtplanung am Vorbild historischer Quartiere, wie jenen aus der  
157 Gründerzeit, orientieren. Diese erweisen sich bis heute als äußerst lebenswert  
158 und sind mitunter die gefragtesten Wohngegenden der Stadt. Neue Stadtteile  
159 sollten sich aus diesem Grund an diesen bewährten Prinzipien orientieren,  
160 anstatt monotone Großsiedlungen oder funktional entkoppelte Stadtzonen zu  
161 schaffen.
- 162 • Stadtgrün als essentiellen Bestandteil urbaner Entwicklung stärken. Grünflächen  
163 in der Stadt sind kein Luxus, sondern ein zentraler Bestandteil lebenswerter  
164 Metropolregionen – sowohl für das Stadtklima als auch für soziale  
165 Begegnungsräume. Große Parks, kleine Grünanlagen, begrünte Straßen und  
166 Stadttealgärten müssen gezielt erhalten und weiterentwickelt werden. Dies soll  
167 jedoch ideologiefrei und bedarfsgerecht gestaltet werden. In neuen Stadtteilen  
168 soll auch die Möglichkeit von privaten Nachbarschaftsparks nach Vorbild Londons  
169 geschaffen werden.
- 170 • Den Abriss nicht funktionierender Quartiere zu prüfen. Um den Zielen eines  
171 lebenswerten Stadtgefühls für alle Berliner gerecht zu werden, muss in letzter  
172 Instanz auch der Abriss fehlentwickelter Quartiere in Erwägung gezogen werden.  
173 Architektonische Fehlentwicklungen der Nachkriegszeit haben vielerorts zu

- 174 unattraktiven und dysfunktionalen Stadtstrukturen geführt. Der Abriss und die  
175 Neugestaltung gescheiterter Quartiere müssen daher – unter Berücksichtigung  
176 alternativer Wohnangebote für die Anwohner – eine Option sein, um lebenswerte  
177 Stadtteile mit hoher Aufenthaltsqualität zu schaffen.
- 178 • Die Schaffung eines Hochhausrahmenplans. Gut gestaltete, moderne Hochhausgebiete  
179 sind mit den Zielen einer lebenswerten Stadt nicht nur vereinbar, sondern sie  
180 leisten wichtige Beiträge zur Dichte und Wirtschaftstätigkeit der Stadt. Aus  
181 diesem Grund braucht Berlin einen klaren Hochhausrahmenplan, der definiert, wo  
182 und unter welchen Bedingungen Hochhäuser sinnvoll sind. Statt wahlloser  
183 Hochhausprojekte braucht es eine gezielte Integration in das Stadtbild, um  
184 moderne Architektur mit wachsenden Strukturen in Einklang zu bringen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## Antrag 06: Bürokratieabbau – mit Vernunft und ohne Populismus

Antragsteller*in:	BV LiMaH
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger leiden in der Bundesrepublik Deutschland unter  
2 einem regelrechten Bürokratie-Burnout. Obwohl sich hinsichtlich des Abbaus von  
3 Bürokratie merkbare positive Entwicklungen unter der Ampel-Regierung konstatieren  
4 lassen, bleibt der Bürokratieabbau eine staatliche Daueraufgabe. In diesem Kontext  
5 halten wir Junge Liberale Berlin es für angebracht, für eine konsequente Reduzierung  
6 der Bürokratie und der Verwaltungskosten bei der Organisation der Bundes- und  
7 Landesregierungen anzusetzen. Gerade hier besteht die Möglichkeit, redundante  
8 Strukturen effizienter zu strukturieren.
- 9 Wir Junge Liberale Berlin fordern daher, folgende Bundesministerien aufzulösen:
- 10 • Das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Trotz der  
11 Einführung des BMWBS sind die Hürden für den Wohnungsbau weiterhin sehr hoch;  
12 auch hat das Ministerium nicht für die Erreichung der im Koalitionsvertrag  
13 verankerten Neubauziele der Bundesregierung
  - 14 • Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Wir  
15 JuLis Berlin bekennen uns klar zu der humanitären Verantwortung der  
16 Bundesrepublik Deutschland. Weiterhin sehen wir in der Entwicklungspolitik ein  
17 zentrales außenpolitisches Instrument. Nichtsdestoweniger halten wir es nicht  
18 für justified, für diese genuin außenpolitischen Aufgaben ein separates  
19 Bundesministerium beizubehalten. Ggf. halten wir es für sinnvoll, das BMZ in  
20 ein  
21 Bundesamt im Geschäftsbereich des Auswärtiges Amtes zu überführen.
  - 22 • Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und  
23 Verbraucherschutz. Im Falle des BMUV ist davon auszugehen, dass seine Aufgaben  
24 auch von anderen Bundesministerien bzw. den aktuell dem BMUV nachgeordneten  
25 Bundesämtern wahrgenommen werden könnten.
- 26 Notwendige Zuständigkeitsbereiche der Ministerien sollen entsprechend des  
27 Geschäftsverteilungsplans der Bundesregierung neu zugeordnet werden. Populistische  
28 Forderungen nach der Fusion von Ministerien nach arbiträren Kriterien erteilen wir  
29 JuLis Berlin eine klare Absage.
- 30 Darüber hinaus fordern wir eine einfachgesetzliche Regelung, die die Anzahl an  
31 Bundesministerien auf die hier zuvor geforderte Menge der übrigen Ministerien  
32 begrenzt.
- 33 Regierungsbeauftragte der Bundes- und Landesregierung mit eigenen Stäben wollen wir  
34 abschaffen. Wichtige Beauftragungen sollen stattdessen von leitenden  
35 Ministerialbeamten wahrgenommen werden. Insbesondere sehen wir die Vergabe von  
36 Regierungsbeauftragten-Posten an „einfache“ Parlamentarier kritisch. Diese Praxis  
37 wollen wir beenden und so die Gewaltenschränkung zwischen Regierung und Parlament  
38 reduzieren.

- 39 Weiterhin fordern wir die Herauslösung des Bundesrats aus dem Etat des Bundes. Für  
40 die Finanzierung des Bundesrates sollen stattdessen künftig die Länder aufkommen.  
41 Langfristig ist es unser Ziel, die Zahl der Beschäftigten in Behörden des Bundes  
42 oder  
43 der Länder erheblich zu reduzieren. Hierfür setzen wir insbesondere auf eine  
44 effizientere Strukturierung der Verwaltung, eine konsequente Digitalisierung und den  
45 Einsatz von KI zur Einsparung personeller und finanzieller Ressourcen sowie zur  
46 Automatisierung von Dienstleistungen für Bürgerinnen und Bürger.  
47 Darüber hinaus wird der Landesvorstand aufgefordert, den Beschluss „Staat auf die  
48 Waage - Anzahl der Bundesministerien radikal verringern!“ des zweiten  
49 Landeskongresses 2024 aus der Beschlusslage zu streichen.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.



## Antrag 07: Wehrpflicht 2.0

Antragsteller*in:	BV Reinickendorf
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine ist der Krieg endgültig zurück in Europa.
- 2 Deutschland muss hierbei uneingeschränkt zu seinen freiheitlichen Werten und
- 3 Bündnispartnern stehen und dabei einen Beitrag zur internationalen Sicherheit, der
- 4 Souveränität des Westens sowie der Landes- und Bündnisverteidigung leisten. Nur dann
- 5 werden wir und unsere freiheitliche Lebensweise auf lange Sicht Bestand haben
- 6 können.
- 7 Derzeit kommt es weltweit zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse. So gewinnt
- 8 mit
- 9 der Volksrepublik China ein Land mehr und mehr an Einfluss, das einzig die
- 10 Interessen
- 11 der Führung der Kommunistischen Partei verfolgt und dabei nicht davor
- 12 zurückschreckt,
- 13 seine eigene Bevölkerung zu steuern, einen militärischen Konflikt mit seinen
- 14 geographischen Nachbarn zu beginnen und sich in die inneren Angelegenheiten anderer
- 15 Staaten einzumischen. Die chinesische Regierung übt Druck auf Mitgliedsstaaten der
- 16 Europäischen Union aus, nimmt Einfluss auf die internationale Presse und macht eine
- 17 Vielzahl von Ländern von sich abhängig, sodass diese in Zukunft drohen, von Peking
- 18 aus ferngesteuert zu werden.
- 19 Auch das Verhältnis von Deutschland und der EU zu Russland ist seit dem Krieg in der
- 20 Ukraine richtigerweise auf einem absoluten Tiefpunkt angekommen. Seit dem Einmarsch
- 21 in Georgien und der Annexion der Krim gab es für die baltischen Staaten und ebenso
- 22 für die skandinavischen Staaten Grund zur Verunsicherung. Diese Verunsicherungen
- 23 sind
- 24 mittlerweile in begründete Sorgen umgeschlagen. Die russische Armee übt regelmäßig
- 25 die Einnahme des Baltikums. Die Sicherheit dieser Staaten hängt entscheidend von der
- 26 NATO und der jeweils eigenen Verteidigungsfähigkeit ab. So verdoppelte
- 27 beispielsweise
- 28 Schweden seinen Wehretat innerhalb der letzten Jahre und ist mittlerweile Mitglied
- 29 der NATO, womit es sich von seiner einstigen Neutralität auf historische Art und
- 30 Weise verabschiedet hat. Ebenso ist Finnland dem Verteidigungsbündnis beigetreten.
- 31 All das sollte Deutschland zu denken geben. Mit über 75 Jahren Frieden erleben wir
- 32 derzeit die längste Friedensperiode, die es jemals auf europäischem Boden gegeben
- 33 hat. Gleichzeitig ist es eine Periode, in der auf europäischem Boden Menschenrechte
- 34 in einem nie zuvor dagewesenen Maß gelten und wir so einen einzigartigen
- 35 Lebensstandard und -stil erreicht haben. Wir sollten alles dafür tun, dass diese
- 36 Zeit
- 37 der Freiheit, des Friedens und des Wohlstandes nicht abreißt. Die Bundeswehr ist
- 38 jedoch nicht mehr ansatzweise dazu in der Lage, Deutschland zu verteidigen. Allein
- 39 die Zielmarke der militärischen Personalstärke von über 200.000 wird Jahr für Jahr

40 um  
41 ca. 20.000 Soldaten verfehlt. Dies kann mehr und mehr zu Problemen führen. Vor  
42 allem,  
43 wenn die USA in der Auseinandersetzung mit der Volksrepublik China und der Rivalität  
44 im Südchinesischen Meer ihr Militär nach Asien verlagern. Die europäischen NATO-  
45 Verbündeten müssen in einem solchen Fall die Lücken schließen, die die USA in Europa  
46 hinterlassen. Dazu muss die Bundeswehr in die Lage versetzt werden, in einem  
47 militärischen Konflikt auf deutschem bzw. europäischem Boden zu bestehen.  
48 Daher erheben die Jungen Liberalen die folgende Forderung, um Freiheit auch für die  
49 zukünftigen europäischen Generationen zu gewährleisten.

50 Die Wehrpflicht ist in einer neuen Ausformung, die den Bedürfnissen des 21.  
51 Jahrhunderts gerecht wird, wieder einzusetzen. Dabei sind die folgenden Punkte zu  
52 beachten.

- 53 • Männer und Frauen sollten stets gleich behandelt werden und sind daher  
54 gleichermaßen im Rahmen der Wehrpflicht zu berücksichtigen.
- 55 • Ausnahmslos alle Angehörigen eines Jahrgangs mit deutscher Staatsbürgerschaft  
56 sollten innerhalb ihres 18. Lebensjahres gemustert werden. Dies ist nicht  
57 zuletzt auch der Anerkennung der Bundeswehr in der Bevölkerung zuträglich und  
58 stellt einen direkten Berührungspunkt für jeden deutschen Staatsbürger mit ihr  
59 dar.
- 60 • Der Wehrdienst sollte 9 Monate dauern. In seinem Rahmen sind die dreimonatige  
61 Grundausbildung sowie sechs Monate Dienst in einer Teilstreitkraft der  
62 Bundeswehr, die nach Möglichkeit vom betroffenen Wehrpflichtigen frei zu  
63 wählen  
64 ist, abzuleisten. Hierbei ist auch - je nach Teilstreitkraft - die  
65 Dienstpostenausbildung (sog. DPA) zu absolvieren.
- 66 • Tatsächlich eingezogen werden sollten pro Jahr 20.000 Wehrpflichtige. Hierbei  
67 sind zuallererst diejenigen einzuziehen, die im Rahmen der Musterung als  
68 besonders geeignet erschienen sind und die ein Interesse am Wehrdienst  
69 bekundet  
70 haben.
- 71 • Hat der Wehrpflichtige zum Zeitpunkt seiner Einziehung bereits eine Ausbildung  
72 begonnen oder ein Studium aufgenommen, so sollte er das Recht haben, das  
73 Ableisten des Wehrdienstes erst nach Beendigung derselben bzw. desselben  
74 anzutreten.
- 75 • Den Aspekt der Wehrgerechtigkeit gilt es im Rahmen der für die genannten  
76 Maßnahmen ohnehin erforderlichen Änderung des Grundgesetzes auszuräumen. Dies  
77 kann bspw. geschehen, indem einer effizienten Herstellung der  
78 Verteidigungsfähigkeit eine höhere grundrechtliche Priorität eingeräumt wird.
- 79 • Alle ehemals zum Wehrdienst Eingezogenen sind als Angehörige der Reserve zu  
80 führen und in regelmäßigen Abständen zu Übungen einzuladen.

## Begründung

erfolgt mündlich

## Antrag 08: Liberté, Égalité, FCKAfD - Weil Kommunikation mehr hilft als ein Verbot

Antragsteller*in:	BV Mitte
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Liberté, Égalité, FCKAfD - Weil Kommunikation mehr hilft als ein Verbot**

2 In den letzten Wochen gingen Millionen von Menschen, darunter viele Liberale, in  
3 Deutschland auf die Straße, um gegen die AfD und Rechtsextremismus zu  
4 demonstrieren.  
5 Wir begrüßen diese Entwicklung sehr, doch es ist beunruhigend festzustellen, dass  
6 die  
7 AfD weiterhin in Umfragen stark abschnidet. Das wirft die Frage auf, was dagegen  
8 getan werden kann. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass es darauf keine  
9 sofortige umfassende Antwort geben kann. Dennoch möchten wir erste Schritte in  
10 Richtung einer Verbesserung der Situation unternehmen.

11

12 **Der AfD den Wind aus den Segeln nehmen!**

13 Der Liberalismus zeichnet sich durch ein optimistisches Menschenbild aus. Daher  
14 sollten wir die Menschen nicht belehren, warum es falsch ist, die AfD zu wählen.  
15 Vielmehr müssen wir sie wieder von unseren Ideen überzeugen und ihnen vor allem  
16 Hoffnung geben.

17 Die AfD erzielt besonders hohe Ergebnisse in ländlichen und teilweise ostdeutschen  
18 Gebieten Deutschlands. Vor Ort hört man oft, dass sich die Menschen "abgehängt"  
19 fühlen oder dass die Politik sie zu wenig einbezieht. Hier müssen wir uns  
20 selbstkritisch hinterfragen. Als FDP und Julis sind wir auf dem Land oft personell  
21 unterbesetzt. Daher ist es wichtig, in Zukunft während des Wahlkampfes vermehrt  
22 Unterstützung in ländlichen Gebieten zu leisten, beispielsweise durch  
23 Wahlkampfaktionen nicht nur in Großstädten, sondern auch auf dem Land. Damit einher  
24 geht die Stärkung unserer Kommunen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip, um langfristig  
25 die Vielfalt in unserem Land zu erhalten und Politik gemäß den Bedürfnissen der  
26 Menschen zu gestalten.

27 In Krisenzeiten neigt jeder Mensch dazu, die Fehler bei anderen zu suchen. Daher  
28 sollten wir als Liberale mit gutem Beispiel vorangehen und unsere bisherige  
29 Herangehensweise selbstkritisch hinterfragen. Unsere Kommunikation als FDP muss  
30 verbessert werden, und wir müssen verstehen, dass vergangene und zukünftige Krisen  
31 nicht ohne starke Kompromisse von allen Seiten gelöst werden können. Das bedeutet  
32 nicht, dass wir uns mit unseren Mitbewerbern auf der politischen Bühne nicht mehr um  
33 die besten Ideen streiten dürfen, aber wenn ein Kompromiss erreicht ist, sollten wir  
34 diesen unterstützen.

35 Als Junge Liberale Berlin lehnen wir ein Verbotsverfahren gegen die AfD ab, nicht  
36 weil wir es grundsätzlich falsch finden, sondern weil es sich über Jahre hinziehen  
37 und von der AfD zu ihrem Vorteil genutzt werden könnte.

38

### 39 **Demokratie schützen**

40 Auch wenn ein Großteil der AfD-Wähler nicht rechtsextrem ist, gibt es dennoch  
41 rechtsextreme Strukturen innerhalb der Partei. In Zeiten, in denen die AfD  
42 Umfrageergebnisse von bis zu 23% erzielt, müssen wir unsere Demokratie vor den  
43 Folgen  
44 einer starken AfD schützen. Noch haben wir in dieser Legislaturperiode alle  
45 Möglichkeiten dazu, und wir sollten sie nutzen. Wir begrüßen ausdrücklich den  
46 Vorschlag der Ampelregierung, das Verfassungsgericht gesetzlich stärker zu schützen.  
47 Wie wir in Polen und Ungarn beobachten konnten, sind Verfassungsgerichte für  
48 Rechtspopulisten oft die erste Anlaufstelle, um das demokratische System zu ihren  
49 Gunsten zu verändern. Daher sprechen wir uns klar dafür aus, dass bestimmte  
50 Strukturen des Bundesverfassungsgerichts nur noch mit einer Zweidrittelmehrheit  
51 verändert werden können. Dazu gehört die Aufteilung in zwei Senate mit je acht  
52 Richterinnen und Richtern für eine Amtszeit von zwölf Jahren. Sollte eine  
53 rechtsextreme Partei einmal über ein Drittel der Plätze im Bundestag gewinnen, wäre  
54 sie in der Lage, die Wahl der Richter für das Bundesverfassungsgericht zu  
55 blockieren.  
56 Die Richter werden jeweils zur Hälfte vom Bundestag und vom Bundesrat entsandt und  
57 müssen mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt werden. Daher setzen wir uns dafür ein,  
58 dass die Wahl der Richter in Zukunft auch über Kreuz erfolgen kann. Das würde  
59 bedeuten, dass der Bundesrat die übrigen Plätze wählen könnte, falls der Bundestag  
60 nicht zu einer Entscheidung käme, und umgekehrt.

61

62 **„Im Namen der Toleranz sollten wir uns das Recht vorbehalten, die Intoleranz nicht**  
63 **zu**  
64 **tolerieren.“**

65 Dennoch müssen wir gegen diejenigen, die unsere freiheitlich demokratische  
66 Grundordnung beschädigen wollen, vorgehen. Dabei ist es uns jedoch wichtig das  
67 richtige Maß und Mittel zu finden. Extremisten haben keinen Platz an unseren  
68 Universitäten und Hochschulen! Daher soll die Exmatrikulation von Studierenden, die  
69 durch Extremismus und/oder Antisemitismus auffallen, deutlich erleichtert werden.  
70 Vorfälle, wie an der Freien Universität, bei dem ein jüdischer Student von einem  
71 Kommilitonen verprügelt wurde, sind ein Armutszeugnis für unser Land. Daher soll das  
72 Hochschulgesetz Berlins dahingehend geändert werden, die Universitäten  
73 handlungsfähiger zu machen. Zusätzlich sollen in Zukunft an Personen, die Mitglied  
74 in  
75 gesichert rechtsextremen Verbänden sind, keine Stipendien, welche durch den Staat  
76 finanziert werden, vergeben werden. Das Gleiche soll für BAföG gelten.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich

## Antrag 09: Stühlerücken beim Heiligen Stuhl – Deutsche Botschaft im Vatikan einsparen

Antragsteller*in:	BV Pankow
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Stühlerücken beim Heiligen Stuhl – Deutsche Botschaft im Vatikan einsparen**
- 2 Die Jungen Liberalen Pankow fordern, die deutsche Botschaft am Heiligen Stuhl
- 3 einzustellen. Etwaige konsularische und diplomatische Aufgaben sollen durch die
- 4 reguläre deutsche Botschaft in Rom übernommen werden.
- 5 Die Bundesrepublik unterhält eine offizielle Botschaft im Vatikan. Diese ist
- 6 allerdings nicht auf den Staat Vatikanstadt als allgemein anerkannten Staat, sondern
- 7 explizit auf den Heiligen Stuhl als nichtstaatliches Völkerrechtssubjekt bezogen.
- 8 Der
- 9 Heilige Stuhl steht damit eher als Interessenvertretung der ganzen römisch-
- 10 katholischen Kirche, denn als souveräner Staat. Der Botschafterposten ist in der
- 11 höchstdotierten Besoldungsgruppe B9 eingeordnet und damit auf einer Stufe mit den
- 12 Posten in Washington, London, Paris und Moskau.
- 13 Im Gegensatz zu diesen Botschaften, verfügt die Botschaft am Heiligen Stuhl über ein
- 14 äußerst begrenztes Aufgabenportfolio. Die Hauptaufgabe der Botschaft beschränkt sich
- 15 auf den diplomatischen Austausch mit Mitgliedern der katholischen Kirche im Vatikan.
- 16 Einen vergleichbaren Austausch mit Oberhäuptern anderer Religionsgemeinschaften gibt
- 17 es nicht. Die weltweiten Mitglieder der katholischen Kirche werden zudem bereits
- 18 durch die dortigen deutschen Auslandsvertretungen betreut. Anstatt eine teure und
- 19 aus
- 20 der Zeit gefallene Vertretung bei einer Religionsgemeinschaft aufrecht zu erhalten,
- 21 sollte man hier unnötige symbolische Ausgaben einsparen.
- 22 Angesichts der problematischen Äußerungen des Papstes im Hinblick auf den russischen
- 23 Krieg gegen die Ukraine und die mangelnde Reformbereitschaft des Heiligen Stuhls,
- 24 ist
- 25 es notwendig ein politisches Zeichen zu setzen.

### Begründung

Erfolgt mündlich

## Antrag 11: Für einen attraktiven Soldatenberuf

Antragsteller*in:	LAK Außen
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Für einen attraktiven Soldatenberuf**

2 Der Soldatenberuf muss wieder attraktiv werden. Hierfür müssen im Geschäftsbereich  
3 des BMVg erhebliche strukturelle Verbesserungen erfolgen.

4 Dies bedeutet konkret:

- 5 • Für die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland sind gut ausgerüstete und  
6 einsatzbereite Streitkräfte imperativ. Hierfür notwendige personelle und  
7 strategische Ressourcen müssen vollständig und ausreichend verfügbar sein. Die  
8 Bundeswehr muss vollständig ausgerüstet sein. Alle für die Landesverteidigung  
9 relevanten Fähigkeiten wie Flugabwehr oder Langstreckenaufklärung müssen  
10 aufrechterhalten werden. Darüber hinaus streben wir die Ausstattung der Truppe  
11 mit ausreichenden Materialreserven an.
- 12 • Die Dezentralisierung des Personalmanagements und die Auflösung des BA Pers BW.  
13 Dafür soll ein Personalamt pro Teilstreitkraft geschaffen werden. Ein  
14 dezentrales Personalmanagement erlaubt den Teilstreitkräften bzw.  
15 Organisationsbereichen, nach ihren Bedarfen zu rekrutieren, verkürzt Prozesse  
16 zeitlich und schafft eine dauerhafte Zufriedenheit der Soldatinnen und Soldaten  
17 mit der Bundeswehr. Prinzipiell wollen wir die Zuständigkeit für Personalfragen  
18 auf die Divisionsebene als größte fachspezifische Organisationseinheiten  
19 auslagern. Wir wollen das bestehende Angebot des Berufsförderungsdienstes  
20 ausbauen und besser in der Truppe bewerben.
- 21 • Die Sicherstellung umfassender psychologischer Betreuungsangebote. Jedes  
22 Sanitätsversorgungszentrum der Bundeswehr soll verpflichtend einen Psychologen  
23 oder eine Psychologin vorhalten müssen. Gleichsam wollen wir die  
24 Militärseelsorge säkular betrachten. Wir sprechen uns daher für die Abschaffung  
25 konfessionell gebundener Militärseelsorger aus.
- 26 • Die Abschaffung des Zulagenwesens in der Besoldung, da das gegenwärtige  
27 kleinteilige Zulagenwesen erhebliche Verwaltungskosten verursacht. Stattdessen  
28 fordern wir ein deutlich überdurchschnittliches Einstiegsgehalt unabhängig von  
29 der Art des Dienstes.
- 30 • Wertschätzung für die Reserve. Wir wollen Reservisten in allen  
31 Tätigkeitsbereichen der Bundeswehr sinnvoll einsetzen. Heranziehungen zu  
32 Reservedienstleistungen sollen kurzfristig möglich sein. Der  
33 Heranziehungsprozess für einfache Tätigkeiten, bspw. Objektschutz, sollte den  
34 Zeitraum von zwei Wochen nicht überschreiten. Weiterhin sollen besonders  
35 geeigneten Reservisten interessen- und qualifikationsgeleitet ansprechende  
36 Laufbahnen im Rahmen ihrer zivilen Verwendung ermöglicht werden, bspw. beim  
37 Bundesamt für Verfassungsschutz oder BND. Wir fordern die Einführung einer  
38 Freistellungspflicht für Reservedienstleistungen und Wehrübungen auf den  
39 öffentlichen Dienst.

- 40 • Die Schaffung niedrigschwelliger Angebote für Ungediente zur nebenberuflichen  
41 militärischen Grundausbildung.
- 42 • Der Zugang zu Informationsveranstaltungen an öffentlichen Schulen und  
43 Universitäten muss für die Bundeswehr in Kooperation mit den zuständigen  
44 Behörden möglich sein.
- 45 • Bestimmte Verwendungen für EU-Ausländer mit ausreichenden Deutschkenntnissen  
46 öffnen.
- 47 • Die automatische Anrechnung bestimmter militärisch erworbener Qualifikationen  
48 (wie bspw. Führerscheine der Klasse C oder im Rahmen der Ausbildung als Combat  
49 First Responder erlangte Fähigkeiten) auf zivile Ausbildungen ermöglichen.
- 50 • Die Schaffung von Anreizmodellen für freiwillig Wehrdienstleistende, bspw. in  
51 Form der Anerkennung von Wehrdienstzeiten als doppelte Wartesemester für  
52 zulassungsbeschränkte Studiengänge, unabhängig von der Fachrichtung oder im  
53 Rahmen von Zuschüssen zum Erwerb des Führerscheins.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## Antrag 12: Gesundheitsversorgung auf nachhaltige Füße stellen

Antragsteller*in:	BV TS
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 Gesundheitsversorgung auf nachhaltige Füße stellen

2 Die Lebenserwartung in Deutschland wächst Jahr für Jahr dank einer der besten  
3 Gesundheitsversorgungen der Welt. Doch dieses System steht auf einem morschen  
4 Fundament. Denn das Geld in der Gesetzlichen Krankenversicherung reicht bereits seit  
5 2004 nicht mehr aus. Was 2004 noch ein Steuerzuschuss von einer Milliarde war,  
6 könnte  
7 im Jahr 2030, bei Einbezug einer Beitragssteigerung um 2,4% auf 18,4%, ein  
8 Steuerzuschuss von 22,5 Milliarden werden. Langfristig wird es daher nicht anders  
9 gehen, als unser Gesundheitssystem zulasten von Investitionen oder durch Schulden zu  
10 finanzieren. Dieses Vergehen an künftigen Generationen gilt es abzuwenden. Es gilt  
11 daher es, die dringend benötigte und hochqualitative Gesundheitsversorgung auf eine  
12 verlässliche Finanzierung zu stellen. Für uns ist klar: Die Gesetzliche  
13 Krankenversicherung muss schnellstmöglich echte Reformen erfahren, um den  
14 Finanzierungsdruck zu senken und langfristig von einer generationsgerechteren  
15 Alternative ersetzt zu werden. Um die Finanzierungsnot der gesetzlichen  
16 Krankenversicherung innerhalb des umlagefinanzierten Systems zu verringern, fordern  
17 wir:

18 • Abschaffung der Familienversicherung für Menschen über dem Doppelten des  
19 durchschnittlichen Jahresbruttoeinkommens.

20 Die Familienversicherung ist ein probates Mittel, um Familien in unteren und  
21 mittleren Einkommensgruppen zu entlasten. Doch ermöglicht die Familienversicherung,  
22 dass eine Familie mit zwei Kindern, in welcher beide Elternteile durchschnittlich  
23 verdienen rund genauso viel zu der Solidargemeinschaft der gesetzlichen  
24 Krankenversicherung beiträgt, wie eine Familie mit drei Kindern und einem nicht  
25 arbeitenden Elternteil, in der das andere Elternteil über der  
26 Beitragsbemessungsgrenze liegt. Dies ist nicht solidarisch. Daher ist die  
27 Verfügbarkeit der Familienversicherung auf untere und mittlere Einkommensgruppen zu  
28 begrenzen. Ist eine Familienversicherung nicht möglich, so sollen Kinder, sollten  
29 deren Eltern Teil der gesetzlichen Krankenversicherung sind, innerhalb der  
30 gesetzlichen Krankenversicherung versichert werden. Hierfür ist ein monatlicher  
31 Beitrag von den Eltern zu entrichten.

32 • Die Schaffung eines einheitlichen Leistungskataloges unter der Leitung von dem  
33 Gemeinsamen Bundesausschuss (G-BA).

34 Die gesetzliche Krankenversicherung verfügt bis heute über keinen transparenten  
35 Leistungskatalog. Dies verhindert nicht nur eine umfassende Transparenz für den  
36 Versicherten, sondern auch ein klares Evaluieren von angebotenen Leistungen. Bei dem  
37 Erstellen des Leistungskataloges soll jede Leistung per Kosten-Nutzen Analyse  
38 überprüft werden. Hierbei sollen die Leistungen mit Bezug zur Homöopathie in den  
39 Katalog der Individuellen Gesundheitsleistungen überführt werden.



40 • einem Selbstbehalt pro ambulante Leistungen und Arzneimittel.

41 Die Versicherten werden somit dazu aufgefordert für jede in Anspruch genommene  
42 Leistung ein Teil der Kosten selbst zahlen. Dieser Selbstzahleranteil ist innerhalb  
43 des verbindlichen Leistungskataloges der gesetzlichen Krankenversicherung  
44 ausgewiesen  
45 werden. Um hier die Bürokratie bei den Ärztinnen und Ärzten möglichst zu minimieren,  
46 sollen die Ärztinnen und Ärzte die Rechnung über die erbrachten Leistungen zunächst  
47 an die gesetzlichen Krankenkassen stellen. Diese sollen anschließend die  
48 Selbstbehalte von dem Versicherten einziehen.

49 • der Ausgliederung aller zahnärztlichen und zahntechnischen Leistungen.

50 Bereits heute wird ein Teil der Kosten durch private Zuzahlungen getragen oder durch  
51 ergänzende private Zusatzversicherungen abgedeckt. Patienten und Zahnärzte sind  
52 daher  
53 bereits an Marktprinzipien und patientenspezifische Abrechnung gewöhnt. Die  
54 individuelle Mehrbelastung durch die Ausgliederung aller zahnärztlichen und  
55 zahntechnischen Leistungen in den eigenverantwortlichen bzw. privaten Bereich ist  
56 daher relativ gering.

57 • Die Pflichtversicherung abzuschaffen und durch eine Pflicht zur Versicherung zu  
58 ersetzen.

59 Jeder Person soll es ermöglicht werden, zumindest den Basistarif der privaten  
60 Krankenversicherer wahrzunehmen und somit zu einer nachhaltig finanzierten  
61 Gesundheitsversorgung beizutragen. Jedoch soll im Gegenzug die Berechtigung zur  
62 Rückkehr in die gesetzliche Krankenversicherung auf ein Alter von 40 Jahren  
63 abgesenkt  
64 werden und für Rückkehrer die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft werden.

65

66 Langfristig muss jedoch die gesetzliche Krankenversicherung ihre tragende Rolle in  
67 der Gesundheitsversorgung abgeben. Ersetzt werden soll die Pflichtversicherung mit  
68 einer Umlagefinanzierung durch eine Pflicht zur Versicherung durch eine privat  
69 organisierte Kapitaldeckung. Dabei soll der PKV-Basistarif, welcher dem  
70 Leistungsumfang der gesetzlichen Krankenversicherung entspricht, bestehen bleiben.  
71 Die verschiedenen Krankenkassen werden somit zu einer gesetzlichen  
72 Krankenversicherung zusammengeführt. Diese soll künftig nur noch Bedürftige  
73 finanziell unterstützen, den Basistarif der privaten Versicherer wahrzunehmen, wenn  
74 diese sich länger als ein Jahr lang im Notlagentarif eines privaten Versicherers  
75 befinden. In diesem Zuge ist der Beitrag zu der gesetzlichen Krankenversicherung  
76 deutlich abzusenken. Mit dieser Reform gewinnen die privaten Krankenversicherer  
77 deutlich an Bedeutung. Um hier jedoch eine patientenorientierte medizinische  
78 Versorgung zu sichern, ist das Kostenerstattungsprinzip in der privaten  
79 Krankenversicherung gesetzlich zu implementieren und die Gebührenordnung für Ärzte  
80 weiter beizubehalten. Rabattverträge oder Budgetierungen zwischen den privaten  
81 Versicherern und Ärztinnen und Ärzten sind daher strikt zu untersagen. Um eine  
82 Aktualität dieser zu gewährleisten und die Gebührenordnung für Ärzte vom politischen  
83 Kalkül unabhängig zu machen, soll ein gemeinsamer Ausschuss mit Vertretern der  
84 Bundesärztekammer und der privaten Versicherungsunternehmen eingesetzt werden. Das

- 85 Bundesministerium für Gesundheit soll hier lediglich die Aufgabe der Rechtsaufsicht  
86 wahrnehmen. Die Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Versorgung wird  
87 an die Ärztekammern bzw. Zahnärztekammern übertragen.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## Antrag 13: Enteignungs-Fetisch stoppen – Art 15 und Art 14 Abs 3 GG streichen!

Antragsteller*in:	BV Pankow
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Enteignungs-Fetisch stoppen – Art 15 und Art 14 Abs 3 GG streichen!**
- 2 Die Jungen Liberalen Berlin fordern die Artikel 15 und Artikel 14 Absatz 3 des
- 3 Grundgesetzes ersatzlos zu streichen.

### Begründung

Der Schutz von Eigentum hat Verfassungsrang. Dennoch sieht das Grundgesetz eine unmittelbare Beschneidung des Eigentumsschutzes vor. Auf Basis eines Gesetzes darf nach Art. 14 Absatz 3, bzw. Art. 15, eine Enteignung im Interesse der Allgemeinheit gegen eine Entschädigung vorgenommen werden. Auch wenn dieser Mechanismus bis dato zumeist für kleine Vorgänge verwendet wurde, wie die Enteignung privater Grundstücke zum Bau von Straßen, Bahntrassen oder Kohletagebaue, stellt sie einen empfindlichen Eingriff des Staates in die persönliche Souveränität der Bürgerinnen und Bürger dar. Nicht zuletzt beim Berliner Volksentscheid „Deutsche Wohnen enteignen“ 2021 zeigte sich, dass die bloße Existenz dieses Instruments, gefährliche politische Phantasien zur Folge haben kann. Durch die fortlaufende Enteignungsdebatte sind Eigentümer verunsichert und halten Investitionen zurück. Anstatt weiterhin linkssozialistischen Ideen Nährboden zu bereiten, sollte sich der Staat gänzlich dem Schutz des privaten Eigentums verschreiben. Für die oben genannten „kleinen“ Fälle des Art. 14(3), bzw. Art. 15, existiert weiterhin die Möglichkeit bilaterale Einigungen zwischen dem Staat und dem Eigentümer auf Augenhöhe zu finden – notfalls unter Einbeziehung eines externen Schlichters.

## Antrag 14: Chancengerechtigkeit ist nicht umsonst

<b>Antragsteller*in:</b>	Alexander Kobuss, Moritz Wimmer, Ioana Cristina Turbatu, Tobias Bergmann, Benjamin Dahler, Phillip Proske, Laurent Putzier
<b>Status:</b>	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Chancengerechtigkeit ist nicht umsonst**

2 Jedes Kind in Deutschland hat es verdient, seine Talente maximal frei zu entfalten.  
3 Wir kämpfen deshalb für Chancengerechtigkeit. Eltern müssen möglichst viel Freiheit  
4 bei der Schulwahl ihrer Kinder bekommen und Schulen in benachteiligten Gegenden  
5 müssen besonders gefördert werden. Nach der Schule muss auch jeder junge Erwachsene  
6 die Möglichkeit bekommen, sich entweder durch eine Ausbildung oder ein Studium  
7 optimal auf das Arbeitsleben vorzubereiten. Ein gebührenfreies Studium hingegen ist  
8 kein Beitrag zur Chancengerechtigkeit. Ganz im Gegenteil bedeutet es, dass Menschen  
9 mit geringeren Einkommen und niedrigeren Bildungschancen Studenten subventionieren.  
10 Wir sprechen uns deshalb klar für die Einführung von Studiengebühren aus. Durch  
11 diese  
12 Maßnahme werden die Steuerzahler entlastet und die Qualität der Bildung erhöht. Dem  
13 Gebot der Chancengerechtigkeit ist aber weiterhin auch zu entnehmen, dass es für  
14 jeden unabhängig vom Elternhaus möglich sein muss zu studieren. Deshalb sollen die  
15 Studiengebühren für Deutsche, in Deutschland lebende Ausländer und EU Bürger  
16 nachgelagert sein. Die Rückzahlung der Gebühren erfolgt nur beim Erreichen eines  
17 überdurchschnittlichen Einkommens und kann sich über mehrere Jahre strecken.  
18 Studenten aus dem nicht-EU Ausland sollen durch das Zahlen von höheren Gebühren  
19 direkt einen stärkeren Beitrag zur Finanzierung des deutschen Bildungssystems  
20 leisten. Deutschland soll aufgrund von exzellenten Universitäten attraktiv für  
21 ausländische Studenten sein, nicht wegen der geringen Kosten. Für besonders  
22 talentierte ausländische Studenten soll es verstärkt Stipendien geben, um  
23 Deutschland  
24 attraktiv für die klügsten Köpfe zu machen. Außerdem soll es dem Staat möglich sein  
25 Studiengänge stärker zu fördern, in denen ein großer Fachkräftemangel herrscht.

### Begründung

Erfolgt mündlich.

## Antrag 15: Privat vor Staat - auch bei der Krankenkasse

Antragsteller*in:	Alexander Kobuss
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Privat vor Staat - auch bei der Krankenkasse**

2 Die Pandemie hat die Schwachstellen unseres Gesundheitssystem für die Bevölkerung  
3 deutlich gemacht. Ständig steigende Krankenkassenbeiträge kaschieren die marode  
4 Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen. Staatliche Umlagefinanzierung und  
5 Planwirtschaft der Bepreisung mag gut gemeint sein; sie ist aber teuer und kostet  
6 jeden Tag Menschen das Leben, weil sie nicht die Versorgung erhalten, die sie  
7 brauchen. Deutschland hat im OECD Vergleich mit die höchsten Kosten für das  
8 Gesundheitswesen bei einer immens gesteigerten Übersterblichkeit. Daher ist es  
9 notwendig das System der Kranken- und Pflegeversicherung in Deutschland neu zu  
10 denken.

11 Die schrittweise Liberalisierung des Gesundheitswesens soll eine höhere Qualität der  
12 Gesundheitsversorgung zu geringeren Kosten für alle Bürgerinnen und Bürger  
13 gewährleisten, sodass jede Person die individuelle Leistung erhält, die sie  
14 benötigt.

15

16 **Phase 1: Reform der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung**

17 Um einen graduellen Übergang zu einer schrittweisen Liberalisierung zu ermöglichen,  
18 müssen zunächst die Schwächen des Systems von Gesetzlicher Krankenversicherung (GKV)  
19 und Privater Krankenversicherung (PKV) angegangen werden. Dafür soll das staatliche  
20 Angebot der GKV in einen Wettbewerb mit den privaten Gesundheitsdienstleistungen  
21 treten. Nach Schweizer Vorbild soll der Deutsche Versicherungszwang durch eine  
22 allgemeine Pflicht zur Versicherung ersetzt werden. Die Beitragsbemessungsgrenze für  
23 den Eintritt in die PKV wird abgeschafft. Es soll allen Bürgerinnen und Bürgern  
24 künftig möglich sein, zwischen den Dienstleistern der GKV und PKV frei zu  
25 entscheiden

26 und beliebig zu wechseln. Kontrahierungszwänge, die Versicherungsnehmer fest an die  
27 GKV oder PKV fesseln, sollen untersagt und wettbewerbsrechtlich verfolgt werden. Um  
28 auch die Option privater Zusatzversicherungen attraktiver zu gestalten, soll die  
29 Abschaffung gesetzlicher Preiskontrollen für die Leistungen der  
30 Krankenversicherungen

31 forciert werden. Dadurch werden wirtschaftliche Fehlallokationen durch staatliche  
32 Preiskontrollen vermieden und bessere Qualität der medizinischen Leistungen für  
33 Patientinnen und Patienten gesichert. Die Versicherungssteuer soll abgeschafft  
34 werden

35 und stattdessen Versicherungen unter den ermäßigten Umsatzsteuersatz fallen. Die  
36 Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sollen von der Umsatzsteuer ausgenommen  
37 sein.

38 Ebenso müssen Leistungen, die durch die gesetzlichen Krankenkassen angeboten werden,  
39 sorgfältig geprüft werden. Das erprobte Instrument des Gemeinsamen Bundesausschusses

40 (G-BA) ist am besten dafür geeignet, um evidenzbasiert medizinische Dienstleistungen  
41 in den Katalog der GKV mit aufzunehmen. Die schleichende Zentralisierung dieser  
42 Kompetenz in das Bundesgesundheitsministerium lehnen wir ab und fordern, dass  
43 künftig  
44 der G-BA diese Entscheidungen wieder ausschließlich trifft. Darüber hinaus muss bei  
45 einem modernen Gesundheitssystem die Prävention im Vordergrund stehen. Die  
46 gesetzlichen Leistungen, die der G-BA prüft, sollen in Zukunft deutlich stärker auf  
47 Prävention ausgelegt werden, um schwere und kostenintensive Krankheitsbilder zu  
48 vermeiden und die Finanzierung generationengerechter und nachhaltiger zu gestalten.  
49 In diesem Zusammenhang fordern die Jungen Liberalen ebenfalls die Schaffung größerer  
50 Transparenz für einzelne Dienstleistungen, indem die Patientinnen und Patienten der  
51 GKV auch Kenntnis über sämtliche Kosten ihrer Behandlung erhalten sollen. Nach  
52 Schweizer Vorbild soll für alle Leistungen der Kranken- und Pflegeversicherung eine  
53 gedeckelte Selbstbeteiligung der Versicherungsnehmer eingeführt sein. Die  
54 Selbstbeteiligung gilt für alle Leistungen unter einer angemessen niedrigen  
55 Kostengrenze und wird durch den G-BA festgelegt.

56

## 57 **Phase 2: Einführung eines nachhaltigen Gesundheitssystems**

58 Selbst die notwendigen Reformen im staatlichen Gesundheitssystem können nicht die  
59 strukturellen Probleme staatlicher Umlagefinanzierung lösen. Daher soll nach der  
60 Einführung, der in Phase 1 beschriebenen Reformen, innerhalb von zehn Jahren der  
61 Übergang in ein nachhaltiges System der Gesundheitsversorgung geschaffen werden.  
62 Dabei sollen die gesetzlichen Krankenversicherungen als Körperschaften öffentlichen  
63 Rechtes in private Trägerschaft überführt werden. Innerhalb der zehnjährigen  
64 Übergangsfrist sollen alle übrigen Mechanismen der staatlichen Preiskontrolle im  
65 Gesundheitssystem entfallen. Das gilt auch uns insbesondere für die Preiskontrolle  
66 von Medikamenten. Insbesondere in der Anfangszeit soll das Bundeskartellamt illegale  
67 Preisabsprachen kontrollieren und verhindern. Die Pflicht zur Versicherung gilt  
68 weiterhin für alle Deutschen Staatsbürger. Anbieter von Kranken- und  
69 Pflegeversicherungen dürfen keine Person aufgrund von Vorerkrankungen von ihren  
70 Versicherungsleistungen ausschließen.

71 **Alternative 1:** Um Wettbewerbsverzerrung zu verhindern, soll nach Schweizer Vorbild  
72 ein gemeinsamer Fonds der Krankenkassen eingerichtet werden, aus dem  
73 Ausgleichszahlungen an die Träger finanziert werden, die Menschen mit  
74 schwerwiegenden Vorerkrankungen aufnehmen.

75 **Alternative 2:** Um Wettbewerbsverzerrung zu verhindern, sollen Krankenkassen, die  
76 Menschen mit entsprechend schwerwiegenden Vorerkrankungen aufnehmen, eine  
77 Ausgleichszahlung aus Steuermitteln erhalten.

78 Die Versicherungsbeiträge sollen nicht länger einkommensabhängig erhoben werden,  
79 sondern sich am Gesundheitszustand und dem Erkrankungsrisiko des Individuums  
80 orientieren. Für soziale Härtefälle soll ein entsprechender Ausgleichsfonds nach dem  
81 Vorbild Singapurs eingerichtet werden. Die Versicherungsanbieter können hierbei  
82 gesundes Verhalten finanziell belohnen. Durch den finanziellen Anreiz ungesundes  
83 Verhalten zu unterlassen, wird die Gesundheit der einzelnen Individuen deutlich  
84 verbessert und gesunde Menschen müssen nicht für ungesundes Verhalten anderer  
85 Mitversicherter aufkommen. Dadurch, dass ungesund lebende Menschen sich freiwillig

86 für das Zahlen höherer Versicherungsbeiträge entscheiden, entfällt auch jegliche  
87 Legitimation für die Beibehaltung staatlicher Lenkungssteuern. Daher sollen alle  
88 Lenkungssteuern, wie beispielsweise die Schaumwein- und Zwischenerzeugnissteuer,  
89 Alkopopsteuer, Biersteuer, Alkoholsteuer, Kaffeesteuer und Tabaksteuer, abgeschafft  
90 werden. Neue Lenkungssteuern wie beispielsweise die viel diskutierte Zuckersteuer  
91 lehnen wir ab.

## **Begründung**

Erfolgt mündlich.

## Antrag 16: Den Ideenwettbewerb zwischen Museen erhalten

Antragsteller*in:	BV SZ
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Den Ideenwettbewerb zwischen Museen erhalten**
- 2 Die Bundesrepublik blickt auf eine lange Tradition als Kulturnation zurück. Unser
- 3 Ziel ist es, die Vielfalt und die Freiheit des Kulturlebens in Deutschland
- 4 abzusichern. In diesem Zusammenhang arbeiten wir daran, die kulturelle Bildung in
- 5 unserem Land auszubauen. Eine wichtige Rolle spielen dabei unsere Museen. In diesem
- 6 Zusammenhang setzen wir nicht nur auf solche in öffentlicher Trägerschaft, sondern
- 7 auch auf die in Trägerschaft von Stiftungen und Vereinen. Eine gesunde
- 8 Wettbewerbskultur zwischen den verschiedenen Einrichtungen erachten wir dabei als
- 9 förderliche Anreizstruktur. Eben diesen Wettbewerb insbesondere zuungunsten von
- 10 Museen in Trägerschaft von Stiftungen und Vereinen auszuhebeln, indem kostenloser
- 11 Eintritt in Museen öffentlicher Trägerschaft gewährt wird, halten wir daher für
- 12 kontraproduktiv. Deshalb setzen wir uns dafür ein, grundsätzlich die Erhebung eines
- 13 Entgelts in öffentlichen Museen als wichtige Einkommensquelle mit positiver
- 14 Anreizwirkung für den Ideenwettbewerb aufrecht zu erhalten.

### Begründung

Erfolgt mündlich.



## Antrag 17: München von Zuhause erleben

Antragsteller*in:	BV SZ
Status:	eingereicht

Die Versammlung möge beschließen:

1 **München von Zuhause erleben**

2 Die Ausbildung zum deutschen Patentanwalt erfordert neben einer zweijährigen  
3 Ausbildung bei einem Patentanwalt einen achtmonatigen Aufenthalt in München  
4 (sogenanntes Amtsjahr). In dieser Zeit sollen Einblicke in das Deutschen Patent- und  
5 Markenamt sowie Einblicke in das Bundespatentgericht in München gewonnen werden.  
6 Viele Patentanwaltskandidaten leben allerdings nicht in München und müssen nur für  
7 das Amtsjahr nach München ziehen. Dies stellt oft eine enorme Belastung dar,  
8 insbesondere da Patentanwaltskandidaten aufgrund der langen Ausbildung sich oft schon  
9 in einem Alter befinden, in dem die Familienplanung bereits begonnen hat und daher  
10 familiäre Verpflichtungen sie Zuhause halten. Zudem wird das Amtsjahr nicht vergütet,  
11 sodass ein Umzug nach München für viele auch eine finanzielle Herausforderung  
12 darstellt.

13 Während der Coronapandemie hat sowohl das Deutschen Patent- und Markenamt als auch  
14 das Bundespatentgericht in München bewiesen, dass das Amtsjahr auch größtenteils  
15 digital mit einer minimalen Anzahl an Pflichtveranstaltungen durchgeführt werden  
16 kann. Anstatt jedoch diese digitale Errungenschaft weiterzuführen, wird wieder auf  
17 Präsenz gesetzt.

18 Die Jungen Liberalen fordern daher:

- 19 • Das Amtsjahr soweit wie möglich zu digitalisieren mit einer minimalen Anzahl an  
20 Präsenzveranstaltungen. Die Möglichkeit das Amtsjahr in Präsenz wahrnehmen zu  
21 können, soll für diejenigen, die das wollen, beibehalten werden.
- 22 • Insofern Präsenzveranstaltungen unvermeidbar sind, sollten diese soweit wie  
23 möglich gebündelt werden an einem Tag beziehungsweise an aufeinanderfolgenden  
24 Tagen, sodass Patentanwaltskandidaten, die nicht nach München ziehen können, nur  
25 für wenige Tage nach München kommen müssen.
- 26 • Eine Bekanntmachung aller Termine während des Amtsjahr so früh wie möglich,  
27 vorzugsweise mindestens ein Jahr vor Beginn eines Amtsjahres, um den  
28 Patentanwaltskandidaten die bestmögliche Planungssicherheit zu geben.
- 29 • Eine Unterhaltsbeihilfe ähnlich zu der von Rechtsreferendaren einzuführen.

### Begründung

Erfolgt mündlich.